

Liebe Leserinnen und Leser,

haben Sie den Europatag schön gefeiert? Wussten Sie überhaupt, dass Europatag war?

Im Europaviertel in Brüssel herrscht ausgelassene Stimmung. Wenn man an den Tischen vorbeiläuft, hört man die unterschiedlichsten Sprachen aus ganz Europa! Das macht mir bewusst, wie viel wir erreichen können, wenn wir zusammenarbeiten. Dass der Europatag jedoch außerhalb Brüssels wenig Beachtung findet, zeigt auch, wie viel zu tun ist. Dabei ist es ein Tag, auf den wir umso stolzer sein können, weil er uns nicht Gott gegeben ist, sondern wir ihn uns mühsam über 70 Jahre erarbeitet haben.



In der Plenarwoche wurden einige außenpolitisch heikle Themen besprochen. So wurde beispielsweise über den zukünftigen Umgang der Türkei diskutiert oder über Gegensanktionen gegen China. Für beide Fälle steht fest: Wir werden uns weiterhin für unsere Europäischen Werte einsetzen, die Menschenrechtsverletzungen klar benennen und uns für Demokratie und Grundfreiheiten einsetzen!

Ganz ehrlich: Ich habe in der Fraktion für eine Beendigung der Türkei-Verhandlungen gestimmt, war aber nicht auf der Seite der Mehrheitsmeinung.

Innerhalb Europas stand für mich unter anderem das Thema Pflanzenzüchtung auf der Agenda. In einer Anhörung des Umweltausschusses mit der Europäischen Kommission und diversen Experten wurde über das Für und Wider neuer Techniken informiert und diskutiert. Für mich ist klar, dass wir neue Züchtungstechniken brauchen. Die Welt schläft nicht. Ich will nicht, dass es am Ende heißt: Anschluss verpasst. Zukunft verpasst.

Wir müssen also zukunftsgerichtet denken. Umso mehr freut es mich, dass ich den Junglandwirt des Jahres besuchen durfte. Außerdem bin ich am 29. Mai als Schirmherrin bei der Verleihung des Preises der Tiergesundheit dabei. Beide Auszeichnungen zeigen mir, dass es in Deutschland innovative Triebkräfte in der Landwirtschaft gibt. Wir müssen nur unseren Landwirtinnen und Landwirten die Möglichkeiten dazu geben! Das Potenzial ist da!

Möglichkeiten werden sicherlich durch die jetzt verabschiedete Wasserstoffstrategie kommen. Investitionen in diesem Bereich sind unablässlich für die nachhaltige Entwicklung Deutschlands und Europas. Kompetenzen dafür können durch Erasmus+ gefördert werden, das nun mit mehr Mitteln ausgestattet auch Erwachsene bei der Weiterbildung unterstützt.

Bevor es zu meinen Themen geht, will ich aber noch auf die bevorstehende Bundestagswahl hinweisen. Ich bin froh, dass wir im Wahlkreis Roth/Nürnberger Land mit Ralph Edelhäuser einen absolut kompetenten und sehr sympathischen Bundestagkandidaten gefunden haben, mit dem unsere Region wieder eine starke Stimme in Berlin bekommen wird. In seinem Gastbeitrag stellt er sich und seine politischen Ziele vor.

Frohe Pfingsten und freundliche Grüße,



Gastbeitrag von Ralph Edelhäuser

Es freut mich sehr, dass mir Marlene Mortler die Möglichkeit eröffnet, mich hier in diesem Newsletter kurz vorzustellen. Gerne können Sie natürlich auch einen Blick auf meinen Vorstellungsflyer werfen.

Ich möchte nämlich bei der anstehenden Bundestagswahl am 26. September 2021 die Nachfolge von Marlene Mortler antreten. Hierzu bitte ich Sie um Ihre Unterstützung, jetzt und auch in den nächsten Wochen und Monaten. Wir brauchen eine starke CSU in Berlin, um auch unsere fränkischen und bayerischen Anliegen weiterhin, auf direktem Wege, an die Entscheidungsträger vermitteln zu können. Mein Ziel ist es, dieser direkte Ansprechpartner hier vor Ort, im Bundeswahlkreis Roth, der die beiden Landkreise Nürnberger Land und Roth umfasst, zu werden.



(Foto: Christoph Raitchel)

Seit nunmehr gut zehn Jahren bin ich der Erste Bürgermeister der Kreisstadt Roth. Zuvor war ich Dritter Bürgermeister. Mitglied im Stadtrat bin ich seit 2002. Im Kreistag habe ich Sitz und Stimme seit 2008. Seit frühester Jugend bin ich ehrenamtlich engagiert. Begonnen habe ich als Ministrant und bin auch jetzt noch als Vorsitzender der Leichtathleten im Kreis Roth-Weißenburg aktiv, u.a. koordiniere ich den teilnehmerstärksten Läufer-Cup Nordbayerns.

Meine politischen Schwerpunkte sehe ich als gelernter Diplom-Betriebswirt (FH) in der Finanz- und Wirtschaftspolitik, als Vater eines dreijährigen Sohnes in der Familien- und Bildungspolitik sowie als Hauptmann der Reserve in der Verteidigungspolitik. Und ohne eine starke, vom - hauptsächlich familiengeführten - Mittelstand geprägte Wirtschaft sind die Haushaltswünsche sämtlicher Fachministerien obsolet.

Falls Sie Fragen haben, kommen Sie doch einfach auf mich zu.

Herzlichen Dank

Ihr Ralph Edelhäuser
E-Mail: BTW2021@gmx.de

[HIER](#) finden Sie den Vorstellungsflyer von Ralph Edelhäuser.

Mein Europa

Der 9. Mai ist Europatag!

Globale Herausforderungen, lokale Lösungen? Das funktioniert nicht lange gut. Europa ist unsere Antwort auf eine globalisierte Welt mit grenzüberschreitenden Aufgaben. Die Europäische Union ist ein einzigartiges Instrument, um die einzelnen Länder Europas auf ein wettbewerbsfähiges Niveau mit anderen großen und aufstrebenden Nationen zu bringen. Klimawandel, bessere Bildung, Migration, Sicherheit, Pandemien - die Herausforderungen in der heutigen Welt sind enorm. Das sind Themen, die auf supranationaler Ebene angegangen werden müssen, gemeinsam. Auf diesem Kontinent ist in den letzten Jahrzehnten einiges erreicht worden, doch es gibt noch viele Themen, die ein aktives, fähiges und frisches Europa brauchen.

Anlässlich des Europatags möchte ich Sie [hier](#) auf einige aktuelle Aspekte meiner Euroarbeit aufmerksam machen.

Stellungnahme zu mehr Tierwohl

Das Wohlergehen von Nutztieren wird derzeit an mehreren verschiedenen Stellen im Europäischen Parlament diskutiert. Ich finde es schön, dass sich so viele Abgeordnete für mehr Tierwohl einsetzen. Die neueste Stellungnahme im Umweltausschuss durfte ich verfassen und meinen Kolleginnen und Kollegen vorstellen.

Mir ist dabei vor allem wichtig, dass unsere Landwirtinnen und Landwirte bei der Umstellung unterstützt werden und nicht einfach nur mehr Auflagen aufgehalst bekommen. Zudem ist die Einführung eines Tierwohlkennzeichens ein starkes Signal an Verbraucherinnen und Verbraucher. Schließlich muss auf der Nachfrageseite das entsprechende Umdenken stattfinden.

Lesen Sie die Pressemitteilung [hier](#). Sie können sich auch [hier](#) meinen kompletten Redebeitrag in der Videothek ansehen. Der Beitrag beginnt ab: 16:00:40. Die Sprache können Sie unten rechts im Player ändern.

Chancen neuer Pflanzenzüchtungstechniken nutzen!

Bei diesem Thema sehe ich leider bei mehreren Abgeordneten ein ideologisches Denken, welches am liebsten alle gentechnisch veränderten Pflanzen und Produkte verbieten möchte. Fakt ist, wir müssen eine objektive, fundierte Debatte über neue technologische Möglichkeiten in diesem Bereich führen. Wir haben uns für die Zukunft hohe Ambitionen gesetzt, was beispielsweise die Nutzung von Pflanzenschutzmitteln angeht und stehen ohnehin vor der Herausforderung Klimawandel. Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir offen für neue Möglichkeiten sein, um Pflanzen resilienter und auch an veränderte Umweltbedingungen anzupassen. Risiken dürfen wir dabei natürlich nicht ignorieren. Unsere hohen Standards bei Produktion und Lebensmitteln werden sicherstellen, dass wir die vielen Vorteile von neuen Züchtungsmethoden nutzen können.

Meine Pressemitteilung dazu finden Sie [hier](#).

Auswirkungen des Klimawandels auf schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern

Lesen Sie hier meine Plenarrede zu einem Thema, das in Zukunft noch deutlich wichtiger werden wird. Sie können sich meinen Beitrag auch [hier](#) ansehen.

„In dem vorliegenden Entschließungsantrag spielt Ernährungssicherheit eine hervorgehobene Rolle - zurecht, denn zu oft sind ausgerechnet die Bevölkerungsgruppen von Ernährungsunsicherheit betroffen, die auch unter schlechter Gesundheit, wirtschaftlicher Unsicherheit und Vertreibung leiden. Dabei spielt der Klimawandel eine entscheidende Rolle, weil er diese Menschen oft unverhältnismäßig hart trifft. Nachhaltige Ernährungssysteme sind also unabdingbar, um die Effekte des Klimawandels einzudämmen und schonend mit unseren begrenzten Ressourcen umzugehen.“

Mit dem für September geplanten Food Systems Summit unternehmen die Vereinten Nationen einen entscheidenden Schritt, um solche nachhaltigen Ernährungssysteme zu fördern und einen nachhaltigen Wandel bis 2030 herbeizuführen. Dieses Ziel müssen wir als Europäische Union nicht nur teilen, sondern unterstützen!

Und wenn diese Transformation gelingen soll und kann, dann geht es nur mit den Frauen. Sie brauchen Schutz, sie brauchen Förderung! Frauenrechte sind Menschenrechte. Danke an die Kolleginnen und Kollegen, die das im Entschließungsantrag klar benennen.

Wir alle müssen verantwortungsbewusst mit unserer Erde umgehen, um besonders schutzbedürftige Bevölkerungsgruppen in Entwicklungs- und Schwellenländern zu entlasten. Schrittweise Verbesserungen in den Bereichen Ernährungssicherheit, Gesundheit usw. kommen schließlich nicht nur unseren Partnerstaaten zugute, sondern auch uns selbst.“

Bekämpfung von AIDS und Ungleichheiten

HIV und AIDS zu bekämpfen, reicht nicht. Wir müssen auch die Stigmatisierung und Diskriminierung, die damit leider immer noch einhergeht, genauso angehen. Dafür habe ich mich in meiner Plenarrede stark gemacht. Sie können sich meinen Beitrag auch [hier](#) ansehen.

„Nur wer sich schätzt, der schützt sich. Das gilt für jeden Einzelnen. Uns muss nicht jeder Lebensstil entsprechen, aber am Ende steht der Erfolg. Und wenn es Mittel und Wege gibt, um Krankheiten zu verhindern und Todeszahlen massiv zu senken, dann müssen wir diese Wege weltweit nutzen.“

Auch in Europa haben wir noch gewaltige Unterschiede. Das heißt auch mal, altes Denken aufzubrechen, um neue Wege zu gehen. Als ehemalige Suchtbeauftragte der deutschen Bundesregierung wurde mir schnell bewusst, dass die Substitutionstherapie, zum Beispiel mit Methadon, immer besser als purer Heroinkonsum ist. So ist es bei AIDS: Wir haben Medikamente, Tests - wir müssen sie nur konsequent anwenden.

Jeder Mensch ist gleich viel wert und hat die gleiche Würde. Dieses ist der Schlüssel, um HIV global einzudämmen. Jahrzehntelange Erfahrungen und Erkenntnisse aus der HIV-Bekämpfung zeigen, dass Ungleichheiten - einschließlich bei der Gleichstellung der Geschlechter -, Stigmatisierung, Diskriminierung und fehlende Einrichtungen lokaler öffentlicher Gesundheitsdienste Fortschritte bei der Beendigung von AIDS verhindern.

Selbst in den Ländern, die die sogenannten 90-90-90-Behandlungsziele erreicht haben, werden immer noch zu viele Menschen zurückgelassen. Es ist deshalb von großer Bedeutung, diverse Ungleichheiten anzugehen, Synergien zwischen struktureller Prävention und Behandlung voll auszuschöpfen. Vierzig Jahre nach dem ersten Bericht über AIDS und HIV muss die Beendigung spätestens bis 2030 gelingen. Danke deshalb, Tomas, danke allen Initiatoren.“

Kommissionsberichte 2019 und 2020 zur Türkei

Die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei befinden sich auf einem historischen Tiefpunkt. Für uns ist klar: Die Beitrittsverhandlungen sind ernsthaft gefährdet, solange die Türkei die Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit und der Grundrechte untergräbt und sich weigert, Reformen durchzuführen sowie die territoriale Integrität von Griechenland und Zypern anzuerkennen. In der EU gibt es keinen Platz für Aggressoren. Solange Präsident Erdogan die EU und ihre Mitgliedstaaten weiterhin provoziert und die Türkei von europäischen Standards abweicht, kann von einer Annäherung der Beziehungen keine Rede sein. Hierfür müsste zunächst das Vertrauen wiederhergestellt und der Rahmen der Beziehungen neu bewertet werden.

Gleiches gilt für die Modernisierung der Zollunion. Dies könnte eine sehr gute Möglichkeit für die Türkei sein, ihre Standards in Bereichen wie Dienstleistungen, öffentliches Beschaffungswesen oder Entwicklung an europäische Standards anzupassen. Die Modernisierung muss jedoch mit demokratischem Fortschritt, Menschenrechten und Grundfreiheiten verbunden sein.

Hintergrund:

Bereits seit über zwei Jahren liegen die EU-Beitrittsgespräche sowie die Vertiefung der Zollunion mit der Türkei auf Eis, einen offiziellen Abbruch hat man bisher allerdings vermieden. Das könnte sich jedoch bald ändern. Die Türkei rücke immer weiter ab von Rechtsstaatlichkeit und Grundwerten der EU, hieß es zuletzt auch vom EU-Außenbeauftragten Josep Borrell. Der jüngste Konflikt über türkische Erdgassuche im östlichen Mittelmeer sowie die Behandlung Ursula von der Leyens in Ankara haben die Lage weiter verschlechtert.

Chinesische Gegensanktionen

China hat sich mit seiner Entscheidung, EU-Vertreter aufgrund ihrer Kritik an der Menschenrechtslage zu sanktionieren, eindeutig verkalkuliert. Auch wenn wir grundsätzlich für das EU-China-Investitionsschutzabkommen sind, ist es der richtige Schritt, den Ratifizierungsprozess erst einmal zu stoppen. Generell gilt, dass Europa gegenüber China selbstbewusster auftreten muss. Europäische Firmen müssen in China nicht alles hinnehmen, nur um Marktzugang zu erhalten. Dafür muss die EU geeint auftreten, auf die Einhaltung von Standards pochen und auf Missstände hinweisen. Dies gilt vor allem in Bezug auf die Unterdrückung von Tibet und der Uiguren sowie die Verfolgung von Falun Gong und der Bruch internationaler Verträge in Hongkong.

Es steht außer Frage, dass die wirtschaftlichen Beziehungen mit China einen Rahmen brauchen, damit europäische Firmen gleiche Wettbewerbschancen haben. Gleichwohl dürfen wir nicht aus einer Position der Schwäche Peking Zugeständnisse machen. Europa sollte sich hingegen außen- und sicherheitspolitisch sowie im Bereich Welthandel für ein

Bündnis der Demokratien mit den USA einsetzen. Die Zeit ist reif für einen neuen Anlauf für ein Freihandelsabkommen mit den USA, und sei es zunächst nur branchenweise, wo es im beiderseitigen Interesse ist.

Hintergrund:

Der Streit zwischen EU und China war im März eskaliert. Die EU hatte damals Sanktionen gegen vier Partei- und Regionalvertreter der Provinz Xinjiang wegen deren Vorgehen gegen muslimische Uiguren verhängt. China verhängte infolgedessen als Reaktion seinerseits Strafmaßnahmen gegen EU-Politiker und Wissenschaftler, darunter der außenpolitische Sprecher der EVP-Fraktion Michael Gahler (CDU) sowie der Vorsitzende der China-Delegation, Reinhard Bütikofer von den Grünen.

Eskalation der Gewalt in Nahost

Das Europaparlament hat die eskalierende Gewalt in Nahost verurteilt. In einer intensiven Plenardebatte brachte die CDU/CSU-Gruppe ihre Solidarität mit Israel zum Ausdruck. Israel hat das uneingeschränkte Recht auf Selbstverteidigung, wenn es angegriffen wird. Indem Hamas Raketen auf Israel feuert, erzwingen sie die notwendigen israelischen Verteidigungshandlungen. Auch der in mehreren europäischen Hauptstädten zu beobachtende Antisemitismus aufgrund des Konflikts, wurde von den Abgeordneten scharf kritisiert.

Unsere Ziele für den Nahost-Friedensprozess sind indes klar: Eine Zukunft in Sicherheit, Freiheit und Würde kann es für Israel und Palästina nur mit einer Zwei-Staaten-Lösung geben, die allseits respektiert und gelebt wird. Umso bedauerlicher ist es, dass sich EU-Staaten nicht auf eine gemeinsame Erklärung zur Eskalation des Konflikts einigen konnten. Eine gemeinsame EU-Position ist zuletzt von Ungarn blockiert worden. In Folge des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen, den militante Palästinenser vergangene Woche begannen, sind in Israel und Palästina bislang über 200 Menschen getötet worden, Hunderte wurden verletzt.

Impfstoff-Patente

Den Patentschutz aufzugeben, wäre ein verheerendes Signal an all diejenigen, denen wir die Corona-Impfstoffe zu verdanken haben. Spitzenforschung braucht Anreize, und der Patentschutz und geistige Eigentumsrechte schaffen diese.

Die überraschende Forderung von US-Präsident Joe Biden nach einer pauschalen Patentfreigabe ist ein Lehrbuchbeispiel für Populismus. Es wird eine einfache Lösung für ein Problem vorgegaukelt, bei dem es keine einfache Lösung gibt. Das Kernproblem der Impfstoffproduktion ist nicht eine mangelnde Bereitschaft der Erfinder ihre Fähigkeiten zu lizenzieren, sondern fehlende Produktionskapazitäten. Diese werden wir allerdings auch durch eine Freigabe aller Patente nicht zeitnah steigern. Wir wissen heute nicht mal wie viel Patente im Rahmen einer mRNA-Produktion überhaupt freigegeben werden müssten. Neben den Patenten gibt es hinsichtlich der Standorte, der Qualifikation des Personals, notwendigen spezialisierte Fähigkeiten entlang der Lieferketten viele Faktoren, die sich nicht zwanglizenzieren lassen. Deshalb stellt sich die Frage ob bei den Forderungen von Ländern wie Indien und China nicht eher industriepolitische als humanitäre Überlegungen im Vordergrund stehen.

Es ist positiv, dass sich die EU-Staats- und Regierungschefs diese Haltung teilen und beim EU-Indien-Gipfel so auch gegenüber Indien vertreten haben. Umso unverständlicher ist dagegen die Haltung von Sozialdemokraten und Grünen im EU-Parlament, die weiterhin die Patentfreigabe fordern.

Freiwillige Lizenzen durch die Impfstoffhersteller sind in jeder Hinsicht die bessere Lösung. Davon profitiert nicht nur Europa, sondern die ganze Welt, weil die EU von Beginn an Impfstoff fair mit allen Staaten geteilt hat. Wenn die USA wirklich etwas gegen COVID-19 tun wollen, dann sollten Sie endlich ihre Exportverbote aufheben und sich am Aufbau weiterer Produktionskapazitäten beteiligen.

Meine Kollegin Angelika Niebler (CSU), Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, erklärt dazu:

„Wir dürfen an den Patentschutz keine Axt anlegen. Ohne Patentschutz wird es in Europa keine Innovationen und keine Erforschung von Impfstoffen geben.“

Die Europäische Union hat sich als einzige Weltregion durch Impfstoffexporte solidarisch mit anderen Ländern gezeigt. Über 200 Mio. Impfdosen hat die EU bereits an Drittstaaten geliefert. Gleichwohl sind weitere Maßnahmen nötig. Es müssen Produktionskapazitäten hochgefahren und die Lieferprozesse beschleunigt werden. Außerdem muss der Impfstoff bezahlbar bleiben. Den Patentschutz aufzuheben oder diesen durch Zwangslizenzen auszuhebeln, bringt uns in der Pandemie-Bekämpfung aber kein Stück weiter - ganz im Gegenteil.

Über 20 Jahre haben beispielsweise BioNTech und CureVac an der mRNA-Technologie geforscht. Ohne Patentschutz würde keine solche Forschung angegangen werden. Den Patentschutz einzuschränken löst zudem das Problem nicht, hätte vielmehr den gegenteiligen Effekt in Bezug auf die Weiterentwicklung des Impfstoffes gegen mögliche Mutanten oder die Bekämpfung künftiger Pandemien.

Die Situation in Indien und dem afrikanischen Kontinent ist besorgniserregend. In Indien gibt es täglich etwa 280.000 Neuinfektionen. Über 4,5 Millionen Menschen sind in Afrika bereits am Coronavirus erkrankt. Hilfe ist daher dringend geboten. Wir in der Europäischen Union haben geholfen und wir werden weiter helfen.“

Interessenskonflikte des tschechischen Ministerpräsidenten Babiš

„Der Abschlussbericht der EU-Kommission zur Kohäsionspolitik bestätigt eindeutig den vorliegenden Interessenskonflikt. Der tschechische Ministerpräsident hält weiter die Kontrolle über das von ihm gegründete Unternehmen Agrofert. Wir fordern Agrofert dringend zur Rückzahlung von zu Unrecht erhaltenen Fördermitteln auf. Die EU-Kommission muss zudem endlich auch ihren Bericht über die Agrarfördermittel in Tschechien veröffentlichen.“

Leider bleiben die tschechischen Behörden in Bezug auf Herrn Babiš blind. Damit gibt es in Tschechien zurzeit keine unabhängige Staatsverwaltung, die solche Interessenskonflikte verhindern könnte. Die Kommission muss deshalb den neuen Rechtstaatlichkeitsmechanismus zum Schutz der EU-Haushaltsmittel auf Tschechien anwenden. Babiš selbst bleiben drei Möglichkeiten: Entweder verkauft er seine Unternehmensanteile, seine Unternehmen verzichten auf EU-Fördermittel oder er tritt als Premierminister zurück.“

Meine Kollegin Monika Hohlmeier (CSU), Vorsitzende des Haushaltskontrollausschusses des Europaparlaments, erklärt dazu:

"Es ist absolut inakzeptabel, wie stark sich in Tschechien oligarchische Strukturen ausgebreitet und verfestigt haben, die mit großer Dreistigkeit alles unternehmen, um sich an europäischen und nationalen Fördergeldern zu bereichern. Es ist befremdlich, dass die Mitgliedsstaaten tolerieren, dass Regierungsmitglieder, die einem Interessenskonflikt unterliegen, im Rat u.a. die Art und Weise der Verteilung der gemeinsamen Agrar- und Kohäsionsgelder mit ausverhandeln und dabei potenziell vorrangig ihre eigenen Interessen, oder die ihrer Familie und Freude, im Blick haben. Ich fordere endlich wirksame Obergrenzen für natürliche und legale Personen, damit Milliardäre in Zukunft keine Möglichkeit mehr haben dreistellige Millionensummen an Subventionen in einer Finanzperiode zu beziehen.

Es erscheint mir fast wie ein Vertuschungsversuch, wenn Regierungen, wie zum Beispiel in Tschechien, Projekte aus der Europäischen Förderung herausnehmen und Rechnungen zurückziehen, um rechtlich zweifelhafte Vorhaben aus nationalen Förderprogrammen und somit durch die tschechischen Steuerzahler bezahlen zu lassen - und das, nachdem die Kommission oder der Europäische Rechnungshof auf Unregelmäßigkeiten hingewiesen haben. Es ist inakzeptabel, dass dann die nationalen Steuerzahler auf der Rechnung sitzen bleiben, ohne dass dies für sie ersichtlich ist. Wenn Unregelmäßigkeiten, Betrügereien oder Interessenskonflikte festgestellt werden, muss sichergestellt sein, dass die Betroffenen direkt die zu Unrecht erhaltenen Fördermittel zurückzahlen müssen, egal ob es sich um EU-Mittel oder nationale Gelder handelt.

Mein dritter Kritikpunkt ist, dass die Kommission dringend geltende Verfahrensregeln überarbeiten, eine deutliche Beschleunigung vorantreiben und eine größere Transparenz der Audits und der nachfolgenden Prozesse gewährleisten muss. Der Haushaltskontrollausschuss fordert die Kommission daher ausdrücklich zu einer Überarbeitung der diesbezüglichen Regelungen auf. Das Audit in Tschechien hat die Kommission im Januar/Februar 2019 durchgeführt. Für den Bereich Kohäsion wurde der finale Auditbericht im November 2019 verfasst, und trotzdem wurde dieser Bericht erst im April 2021, also anderthalb Jahre nach Fertigstellung, veröffentlicht. Hier muss die Kommission unbedingt schneller werden. Noch länger lässt der Auditbericht der Kommission zur Verwendung der EU-Agrarfördermittel in Tschechien auf sich warten. Die bisherigen Verlautbarungen der Kommission über angeblich nicht vorhandene Interessenskonflikte einzelner Regierungsmitglieder oder von Premierminister Babiš hinterlassen derzeit mehr Fragen als Antworten. Der Haushaltskontrollausschuss erwartet von der Kommission klare Maßnahmen, sowohl für die Klärung der Fälle der vergangenen Jahre als auch präventive Maßnahmen, die für die Zukunft verhindern, dass Minister oder Premierminister in Tschechien auf die Zuweisung von EU-Geldern an Unternehmen ihrer eigenen Familienmitglieder oder von sich selbst Einfluss nehmen können. Besonders nachdenklich stimmt auch die Begründung des kürzlich zurückgetretenen Generalstaatsanwalts, der sich gemäß Medienberichten massivem Druck der Justizministerin ausgesetzt sah.

Alle uns vorliegenden Indizien weisen auf ernsthafte, systemische Probleme hin, die dringend einer Aufarbeitung und Lösung bedürfen.“

Wasserstoff in der EU stärken

In der Plenarwoche wurde über die neue Europäische Wasserstoffstrategie diskutiert und abgestimmt. Meine Kollegin Angelika Niebler (CSU), Co-Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe, Vorsitzende der CSU-Europagruppe und Berichterstatterin der EVP-Fraktion erklärt dazu:

„Wasserstoff ist eine Zukunftstechnologie, die eine entscheidende Rolle beim Erreichen der europäischen Klimaziele spielen wird. Als Ersatz für fossile Brennstoffe kann erneuerbarer und kohlenstoffarmer Wasserstoff zur CO₂-Reduzierung in energieintensiven Industrien wie Stahl, Chemie oder Zement beitragen.“

Ich bin überzeugt, dass Wasserstoff zu einer europäischen Erfolgsgeschichte werden kann. Im europäischen Parlament stellen wir dazu jetzt die Weichen.

Als EVP haben wir uns dafür eingesetzt, schnell einen Markt für bezahlbaren Wasserstoff zu schaffen. Dabei kommt dem Wasserstoff aus kohlenstoffarmer Erzeugung als Übergangslösung eine besondere Rolle zu. Nur wenn wir die Produktion von erneuerbarem Wasserstoff mit dem sogenannten blauen Wasserstoff ergänzen, werden wir schnell genug einen funktionierenden Markt schaffen. Wir haben dafür gekämpft, dass Technologien zur Erzeugung von kohlenstoffarmem Wasserstoff, wie die Kohlenstoffabscheidung und -nutzung entsprechend gefördert werden.

Der Einsatz von Wasserstoff wird eine entsprechende Infrastruktur benötigen. Dabei sollten wir zunächst auf unser bestehendes Gasnetz zurückgreifen und es für den Wasserstofftransport nutzen. Sogenanntes „Blending“, also die Beimischung von Wasserstoff in Erdgas, kann zudem zur Dekarbonisierung des Gassektors entscheidend beitragen.

Für die anstehenden Investitionen muss die EU die richtigen Anreize setzen, damit private und öffentliche Investoren in alle relevanten Technologien entlang der Wertschöpfungskette für Wasserstoff investieren. Außerdem müssen wir sicherstellen, dass gerade auch kleine und mittelständische Unternehmen bei dieser Entwicklung Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten und notwendiger Technologie haben.

Ich bin froh, dass wir einen pragmatischen Kompromiss erreichen konnten, der Wasserstoff als wichtige Technologie für den Green Deal berücksichtigt und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie im Blick hat.“

Erasmus+: Mehr Investitionen in die Bildung

Das größte Austauschprogramm für Schüler, Studenten und Auszubildende der Welt erhält im kommenden EU-Haushalt mehr als doppelt so viele finanzielle Mittel wie in der letzten Förderperiode! Außerdem wird Erasmus+ fortan auch für Erwachsene leichter erhältlich sein, etwa um digitale Fähigkeiten zu erlernen oder Kurse zur beruflichen sowie persönlichen Weiterentwicklung besuchen. Das schafft Möglichkeiten für lebenslanges Lernen, internationale Freundschaften, das Entdecken neuer Kulturen und mehr Europa!

Meine Kollegin Sabine Verheyen (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Kultur und Bildung des Europaparlaments, erklärt dazu:

"Zunächst einmal freue ich mich sehr, dass wir die Programme für die nächsten sieben Jahre erfolgreich gestaltet haben und endlich, noch vor dem Sommer, endgültig starten können. Das Programm Erasmus+ und ist ein wichtiger Schritt zu mehr Investitionen in Bildung und Ausbildung. Insgesamt stehen dem Programm in Zukunft mehr als 26 Milliarden Euro zur Verfügung. Zum Vergleich: Beim letzten Programm waren es 14,7 Milliarden Euro. Mit diesem erhöhten Budget können wir Erasmus+ als europäische Erfolgsgeschichte fortsetzen. Initiiert durch das EU-Parlament werden wir im Programm nun auch bessere Beteiligungsmöglichkeiten für erwachsene Lernende haben. Europäerinnen und Europäer, die sich als Erwachsene weiterbilden, etwa um digitale Fähigkeiten zu erlernen oder Kurse zur beruflichen sowie persönlichen Weiterentwicklung zu besuchen, werden ab 2021 an den Mobilitätsprogrammen teilnehmen können.

Ich freue mich besonders, dass das neue Erasmus+ Programm inklusiver sein wird. Wir als EU-Parlament haben uns dafür eingesetzt, dass endlich auch mehr benachteiligte Menschen an dem Programm teilnehmen können, unabhängig davon, ob die Benachteiligung auf eine Behinderung, Armut, geographische Ablegenheit, Migrationshintergrund oder andere Gründe zurückzuführen ist. Auch die drei seit 2018 erfolgreich gestarteten EU-Pilotprojekte DiscoverEU, die Zentren der beruflichen Exzellenz und die Europäischen Universitäten werden nun im Rahmen von Erasmus+ angemessen finanziert und fortgeführt."

Überarbeitung der Aarhus-Verordnung

Mein Kollege Christian Doleschal (CSU), Berichterstatter des Europaparlaments und Mitglied im Umweltausschuss, erklärt dazu:

"Als Berichterstatter bin ich stolz darauf, dazu beizutragen, die Vertragskonformität der Union mit ihren Verpflichtungen aus der internationalen Aarhus-Konvention herzustellen. Wir haben in der Parlamentsposition wesentliche Neuerungen und Erfolge durchgesetzt. Der Anwendungsbereich des Aarhus-Überprüfungsverfahrens von EU-Verwaltungsakten mit Umweltbezug wird erweitert, wie es vom internationalen Compliance-Ausschuss verlangt wird. Aber: Mit Maß! So, dass weiterhin Rechtssicherheit besteht.

Der Respekt für die EU-Verträge und die innereuropäische Kompetenzverteilung bleibt gewahrt: Nationale Verwaltungsakte sind vom Überprüfungsmechanismus der Aarhus-Verordnung gänzlich ausgeschlossen.

Zudem wird der Prozess transparenter: Es wird ein neues Recht auf Gehör für vom Verfahren betroffene Unternehmen und Behörden geben.

Die Anfechtbarkeit von Kommissionsentscheidungen, welche staatliche Beihilfen prüfen, wird an enge Voraussetzungen geknüpft. Das ist gerade in Zeiten einer Pandemie unerlässlich: Denn staatliche Beihilfen haben zahlreiche Familienbetriebe, lokale Wirtschaftsträger und deren Arbeitnehmer vor dem finanziellen Ruin bewahrt. Daher dürfen staatlichen Beihilfen keine überflüssigen bürokratischen Hürden in den Weg gelegt werden. Ich freue mich, dass uns dieser ausgewogene Kompromiss zwischen demokratischer Beteiligung und der Realisierung von Infrastrukturprojekten gelungen ist."

Hintergrund:

Die internationale Aarhus-Konvention regelt den Zugang zur Justiz in Umweltangelegenheiten. Die Europäische Union und auch die Mitgliedstaaten sind der Konvention vollumfänglich beigetreten. Jedoch hat das internationale Aarhus-Kontroll-Gremium der EU vorgeworfen, die Konvention nicht in ausreichendem Maße umzusetzen. Aus diesem Grund hat die Kommission vorgeschlagen, insbesondere die administrative Überprüfung von EU-

Verwaltungsakten der in Geltung stehenden Aarhus-Verordnung zu novellieren. Nach der heutigen Positionierung des Europaparlaments folgen die Verhandlungen mit den Vertretern des Rates im sogenannten Trilog-Verfahren. Nach Abschluss des ordentlichen Gesetzgebungsverfahrens soll auf dem nächsten Treffen der Aarhus-Vertragsstaaten im Oktober 2021 offiziell über die Vertragskonformität der Europäischen Union mit der Aarhus Konvention entschieden werden.

Infobrief der CSU-Europagruppe

Hier [verlinkt](#) finden Sie zusätzlich noch den Infobrief der CSU-Europagruppe mit den verlinkten Beiträgen meiner Kolleginnen und Kollegen.

Mein Mittelfranken

Eintragung in das Goldene Buch der Stadt Roth

Mir wurde die Ehre zu teil, mich in das Goldene Buch der Stadt Roth einzutragen. Als Vertreterin für den Wahlkreis Roth-Nürnberger Land freut es mich, die Bürgerinnen und Bürger Roths zu repräsentieren. Bürgermeister Ralph Edelhäuser und ich hatten dabei die Gelegenheit anstehende Themen des Landkreises zu besprechen.

Die Pressemitteilung finden Sie [hier](#).

Heimische Lieferketten im Fokus

Das neue BayWa Gebäude in Lauf macht einen modernen Eindruck! Nachdem die Einweihung letztes Jahr ausgefallen ist, durfte ich nun den Umbau begutachten. Der Niederlassungsleiter Walter Luber betonte auf unserem Rundgang die Bedeutung der Nachhaltigkeit, der Regionalität und des Services. Um Spitzenprodukte anbieten zu können muss man nun mal auf seine Lieferketten achten.

Lesen Sie mehr in der [Pressemitteilung](#).

Bauernhoffrühstück - To Go

Sabrina Pickelmann und Marion Fischer bringen die Menschen wieder näher zu den Lebensmittelproduzenten. Bessere Wertschätzung für die regionalen Landwirtinnen und Landwirte verbunden mit gleichzeitiger Aufklärung über moderne Landwirtschaft und landestypische Produkte. Über 35 Landwirte und über 14 Gastwirte bringen hier regionale Qualität auf Ihren Teller.

Lesen Sie dazu auch die [Pressemitteilung](#). Informieren Sie sich auch gerne auf der [Website](#) über die Aktion. Dort finden Sie auch eine Karte, auf der Sie die Erzeuger und Gastronomiebetriebe finden, die beteiligt sind.

Herzangelegenheiten

Vorurteile abbauen für mehr Inklusion

Anlässlich des Europäischen Protesttags zur Gleichstellung von Menschen mit Behinderung möchte ich an die vielen Hürden erinnern, die trotz all der Fortschritte in den letzten Jahren, für Menschen mit Behinderungen weiterhin bestehen. Mir ist es wichtig, persönlichen Kontakt zu halten. Wir müssen weiterhin unsere Aufmerksamkeit dem Thema Inklusion schenken, denn behinderte Menschen gehören genauso zu unserer vielfältigen Gesellschaft wie jede andere Person auch.

Hier der Link zu meiner [Pressemitteilung](#).

Schirmherrschaft für den Preis der Tiergesundheit

Die Verbesserung des Tierwohls liegt mir sehr am Herzen. Umso mehr freut es mich, dass ich für den Preis der Tiergesundheit die Schirmherrschaft übernehmen darf. Eine tolle Gelegenheit „Best Practices“ und innovative Konzepte auszuzeichnen, untereinander zu teilen und so die Aufmerksamkeit für dieses wichtige Thema langfristig zu erhöhen!

Hier finden Sie die dazugehörige [Pressemitteilung](#) und unter diesem Link gelangen Sie direkt zur [Website des Preises der Tiergesundheit](#). Dort können Sie sich über die Jury und die bisherigen Gewinner informieren. Außerdem können Sie sich dort für die diesjährige virtuelle Preisverleihung am 29. Mai kostenlos anmelden.

Leo Rösel ist Junglandwirt des Jahres

Jung, engagiert und Landwirt. Diese Wörter sollen auch in Zukunft miteinander in Verbindung gebracht werden können. Der CERES-Award hat dieses Jahr den 30-Jährigen Leo Rösel aus Sulzbach-Rosenberg ausgezeichnet. Er informiert und begeistert seine Follower auf diversen Social Media Kanälen über seine Arbeit und nimmt die Leute mit durch seinen Alltag. Eine super Idee! Ich durfte ihn auf seinem Hof treffen.

Mehr dazu in der [Momentaufnahme](#).

Urlaub auf dem Bauernhof

Endlich wieder Urlaub machen. Das wünschen sich unzählige Menschen nach über einem Jahr Ausnahmezustand. Warum nicht die Zeit in der Natur auf einem Ferienhof verbringen? Unsere bayerische Kulturlandschaft bietet dafür ein einmaliges Erlebnis für Klein und Groß.

[Hier](#) finden Sie die Pressemitteilung.

Artenvielfalt schützen

Am 22. Mai ist der Tag der biologischen Artenvielfalt. Anlässlich dieses Tages können Sie in meiner [Pressemitteilung](#) meine Gedanken dazu lesen.

Lesenswert

RTL/ntv-Trendbarometer: 69 Prozent der Bayern mit Söder zufrieden

Grüne 26, CDU/CSU 24, SPD 15, FDP 11, Linke 6, AfD 10 Prozent

Im RTL/ntv-Trendbarometer gibt es aktuell kaum Bewegung. Die Grünen verlieren gegenüber der Vorwoche einen Prozentpunkt, die sonstigen kleineren Parteien können um einen Prozentpunkt zulegen. Für alle anderen Parteien ändert sich nichts. Damit bleiben die Grünen stärkste politische Kraft und liegen noch zwei Prozentpunkte vor den Unionsparteien sowie elf Prozentpunkte vor der SPD.

Bei einer Bundestagswahl könnten die Parteien derzeit mit folgendem Ergebnis rechnen: CDU/CSU 24 Prozent (Bundestagswahl 2017 32,9%), SPD 15 Prozent (20,5%), FDP 11 Prozent (10,7%), Grüne 26 Prozent (8,9%), Linke 6 Prozent (9,2%), AfD 10 Prozent (12,6%). 8 Prozent würden sich für eine der sonstigen Parteien entscheiden (5,2%). Die Zahl der Nichtwähler und Unentschlossenen entspricht mit 24 Prozent dem Anteil der Nichtwähler bei der Bundestagswahl 2017 (23,8%).

711 Abgeordnete würden in den neuen Bundestag einziehen - für die Grünen würde das einen Zuwachs von 133 Mandaten, für die FDP ein Plus von 5 Mandaten bedeuten. Die übrigen Parteien würden Mandate verlieren. Die Sitzverteilung gemäß den aktuellen Wahlabsichten: Grüne 200, Union 188, SPD 115, FDP 85, Linke 46 und AfD 77. Union und SPD würden im neuen Parlament ihre regierungsfähige Mehrheit verlieren; sie kämen zusammen nur noch auf 303 Abgeordnete. Regieren könnten Grün-Schwarz (zusammen 388 Mandate), eine „Ampel“-Koalition aus Grünen, SPD und FDP (400 Mandate), ein grün-rot-rotes „Linksbündnis“ (361 Mandate) sowie eine Koalition aus Union, SPD und FDP (388 Mandate).

CSU in Bayern stärker als die Grünen - Grüne in NRW vor der CDU

Bundesweit würden die Unionsparteien derzeit bei einer Bundestagswahl 24 Prozent der gültigen Stimmen erreichen - aber wie ist die politische Stimmung in den beiden bevölkerungsreichsten Bundesländern? In Nordrhein-Westfalen, dem Heimatland des Unions-Kanzlerkandidaten Armin Laschet, könnte die CDU ebenfalls mit 24 Prozent rechnen, das sind 8,6 Prozentpunkte weniger als bei der Bundestagswahl 2017. Die CSU käme in Bayern auf 32 Prozent, ein Minus von 6,8 Prozentpunkten.

Bei einer Landtagswahl würde die CDU in NRW mit 25 Prozent kaum besser abschneiden als bei einer Bundestagswahl. Wenn jetzt in Bayern Landtagswahl wäre, könnte die CSU mit 38 Prozent rechnen, sechs Prozentpunkte mehr als bei einer Bundestagswahl.

In NRW würde die CDU sowohl bei einer Bundes- als auch bei einer Landtagswahl hinter den Grünen landen. In Bayern würde die CSU stärkste politische Kraft bleiben - bei einer Bundestagswahl mit einem Vorsprung von sechs Prozentpunkten, bei einer Landtagswahl mit einem Vorsprung von 16 Prozentpunkten vor den Grünen.

Die Wahlabsichten in Bayern bei einer Bundestagswahl: CSU 32, Grüne 26, SPD 9, FDP 9, Linke 4, Freie Wähler 4 und AfD 10 Prozent. Die Wahlabsichten in Bayern bei einer Landtagswahl: CSU 38, Grüne 22, Freie Wähler 9, SPD 7, FDP 6, Linke 3 und AfD 9 Prozent.

Die Wahlabsichten in Nordrhein-Westfalen bei einer Bundestagswahl: Grüne 28, CDU 24, SPD 18, FDP 11, Linke 4 und AfD 8 Prozent. Die Wahlabsichten in Nordrhein-Westfalen bei einer Landtagswahl: Grüne 26, CDU 25, SPD 19, FDP 12, Linke 4 und AfD 7 Prozent.

Deutlich mehr Rückhalt für Söder als für Laschet

Vier Wochen nach der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur der CDU/CSU ist das Kräfteressen zwischen Armin Laschet und Markus Söder immer noch nicht vorüber. Dabei kann sich der CSU-Chef auf starken Rückhalt in seinem Heimatland stützen, während die Arbeit des CDU-Vorsitzenden in Nordrhein-Westfalen mehrheitlich negativ bewertet wird. 69 Prozent der Bayern sind mit der Arbeit ihres Ministerpräsidenten Söder zufrieden, 30 Prozent sind unzufrieden. 63 Prozent der NRW-Bürger sind mit der Arbeit ihres Ministerpräsidenten Laschet unzufrieden, nur 31 Prozent sind zufrieden. In NRW wird die Arbeit der Landesregierung mit 35 Prozent Zustimmung etwas positiver bewertet als die des Regierungschefs, in Bayern ist die Zustimmung zur Landesregierung mit 64 Prozent fünf Prozentpunkte schlechter als die zum Ministerpräsidenten.

Kanzlerwahl: Baerbock 30, Laschet 18, Scholz 13 Prozent

Wen würden die Deutschen zur Kanzlerin oder zum Kanzler wählen, wenn eine solche Direktwahl möglich wäre? Am stärksten würde derzeit nach wie vor Annalena Baerbock, Kanzlerkandidatin der Grünen, abschneiden: 30 Prozent würde sich für sie entscheiden, das ist ein Prozentpunkt weniger als in der Woche zuvor. Ihre Gegenkandidaten gewinnen beide jeweils einen Prozentpunkt; Unions-Kanzlerkandidat Armin Laschet kommt auf 18, SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz auf 13 Prozent. 39 Prozent würden keinem der drei ihre Stimme geben.

Die einzelnen Ergebnisse der Forsa-Umfrage finden Sie [hier](#)

Kontakt:

Büro Marlene Mortler, MdEP
Brüder Allee 1 | 91207 Lauf a.d.Pegnitz

Tel.: +49 9123 999 00 51

mittelfranken@marlenemortler.eu
www.marlenemortler.eu

Folgen Sie mir auch auf Instagram: [@marlene.mortler.csu](https://www.instagram.com/marlene.mortler.csu)

Redaktion: Rainer Fürsich, Daniela Seifart

Für diesen Newsletter gelten [Datenschutzbestimmungen](#).

Wenn Sie diese E-Mail nicht mehr erhalten möchten, teilen Sie uns dies bitte per E-Mail an mittelfranken@marlenemortler.eu mit.